



Pressemitteilung der Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch zur Hauptversammlung der Heckler & Koch AG am 20. Juni 2023

Heckler & Koch auf tödlichem Expansionskurs

- **Waffenhersteller profitiert vom US-Zivilmarkt**
- **Aufweichen der „Grünen-Länder-Strategie“**
- **Schmuggel-Risiko an US-mexikanischer Grenze**
- **Völlig unzureichende Distanzierung vom Nazi-Schergen Edmund Heckler**

Stuttgart/Freiburg/Köln, 19.06.2023. Anlässlich der morgen stattfindenden Hauptversammlung der Heckler & Koch AG kritisiert das Bündnis der Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch die Expansionspläne des Kleinwaffenproduzenten auf dem US-Zivilmarkt sowie die Tatsache, dass das Unternehmen Ausnahmen von den selbstgesetzten Exportbeschränkungen, der „Grünen-Länder-Strategie“, macht. Dadurch bleiben Waffenlieferungen von Heckler & Koch in Krisenregionen und an menschenrechtsverletzende Staaten weiter Teil der Geschäftspraxis.

Intransparente und willkürliche Ausnahmen von eigenen Exportbeschränkungen

Eigentlich will Heckler & Koch laut „Grüner-Länder-Strategie“ nur noch Waffen an EU-, NATO- oder NATO-gleichgestellte Länder liefern. Aktuelle Zahlen belegen jedoch einen deutlichen Anstieg des Umsatzes in Ländern, die nicht darunterfallen. So lieferte der Konzern 2021 und 2022 (bis zur letzten Hauptversammlung) Waffen oder wesentliche Waffenteile beispielsweise an Jordanien, Katar, den Oman und Singapur.

Charlotte Kehne, Referentin für Rüstungsexportkontrolle bei Ohne Rüstung Leben, kritisiert: „Welche Länder für Heckler & Koch aktuell als ‚grün‘ gelten, ist weiterhin nicht einfach nachvollziehbar. Die Kriterien und Risikoanalysen von H&K hierzu sind nicht transparent, sollten aber aufgrund ihrer sicherheitspolitischen Brisanz und der mitunter tödlichen Folgen öffentlich nachvollziehbar sein.“

Profite aus tödlichem US-Zivilmarkt

Allein im letzten Jahr sind in den USA mehr als 20.000 Menschen durch Schusswaffengewalt getötet und über 38.000 Menschen verletzt worden. Gleichzeitig stieg der Umsatz von Heckler & Koch im Segment USA-Zivil um 30 Prozent auf 116,6 Millionen Euro.

Charlotte Kehne kritisiert: „In den USA wirbt Heckler & Koch mit ‚serious fun‘ um zivile Kundschaft. Angesichts des Leids der Betroffenen von Schusswaffengewalt und ihren Angehörigen ist das zynisch. Damit wird der Konzern seiner besonderen Verantwortung als Hersteller tödlicher Schusswaffen alles andere als gerecht.“

Schmuggel-Risiko an US-mexikanischer Grenze

Und nicht nur die USA, auch Mexiko leidet unter einer Epidemie der Schusswaffengewalt. Heckler

& Koch USA verweist auf Waffenhändler, die von der mexikanischen Regierung beschuldigt werden, am illegalen Waffenschmuggel nach Mexiko beteiligt zu sein. „Anstatt solche Händler konsequent zu meiden, verweist H&K USA auf ihrer Internetseite bei der Händler-Suche explizit auf zwei der fünf Beschuldigten. H&K stellt offensichtlich nicht ausreichend sicher, dass innerhalb der USA auf dem Zivilmarkt verkaufte Produkte nicht nach Mexiko weitergeschmuggelt werden können“, so **Kehne** weiter.

Völlig unzureichende Distanzierung vom Nazi-Schergen Edmund Heckler

Unter der Führung von Edmund Heckler, Mitbegründer und Namensgeber von Heckler & Koch, war die Hugo Schneider AG, der HASAG, fester Bestandteil im System „Vernichtung durch Arbeit“ im Nationalsozialismus. Die HASAG war eines der größten Rüstungsunternehmen in der NS-Zeit und setzte während des Zweiten Weltkriegs Zehntausende von zivilen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen ein. Viele der Arbeiter*innen wurden erschlagen oder erschossen. Die Gesellschaft für Unternehmensgeschichte (GUG) hat im Rahmen ihrer wissenschaftlichen Aufarbeitung im Auftrag des Unternehmens klargestellt, dass man davon ausgehen müsse, dass Edmund Heckler von den grausamen Bedingungen in der Fabrik wusste.

Jürgen Grässlin, Vorsitzender des RüstungsInformationsBüros, Bundessprecher der DFG-VK und der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ und Mitkoordinator der Kritischen Aktionär*innen H&K, fordert: „Für uns Kritische Aktionär*innen ist klar: Ein führender nationalsozialistischer Scherge, der den Tod zahlreicher Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter mitverantwortet, darf nicht Namenspatron sein. Die Konzernverantwortlichen müssen sich deutlich und konsequent von den menschenverachtenden Schandtaten des Firmengründers Edmund Heckler distanzieren. Dazu gehört die Umbenennung der Heckler & Koch-Gruppe mit ihren Beteiligungsgesellschaften bzw. Tochterunternehmen im In- und Ausland. Die Opfer der grausamen Geschäftspolitik der HASAG – und im Falle ihres Todes die Angehörigen – müssen angemessen finanziell entschädigt und unterstützt werden.“

Gegenanträge der Kritischen Aktionär*innen H&K:

<https://www.kritischeaktionaere.de/heckler-koch/waffenlieferungen-in-krisisregionen-und-schmuggel-risiko-unsere-gegenantraege/>

Pressekontakte:

Charlotte Kehne, Ohne Rüstung Leben, Tel.: 0711-62039372, orl-kehne@gaia.de, www.ohne-ruestung-leben.de

Jürgen Grässlin, RIB e.V., DFG-VK, „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, Mobil: 0170-6113750, jg@rib-ev.de, www.rib-ev.de, www.gn-stat.org, www.aufschrei-waffenhandel.de, www.dfg-vk.de

Tilman Massa, Dachverband Kritische Aktionärinnen und Aktionäre, Tel.: 0221-5995647, Mobil: 0173-7135237, dachverband@kritischeaktionaere.de, www.kritischeaktionaere.de